

spielten auch die Beratungen darüber, wie man Wissenschaftler, Ingenieure und qualifizierte Facharbeiter nach Westdeutschland abziehen könne. Als von deutscher Seite gefragt wurde, ob alle deutschen Spezialisten aus „Ostdeutschland“ in der westdeutschen Wirtschaft untergebracht werden könnten, erfolgte von amerikanischer Seite die bezeichnende Antwort, dies sei von untergeordneter Bedeutung, es käme in erster Linie darauf an, die Fachkräfte und Spezialisten aus Ostdeutschland abzuführen. Die Vertreter des anglo-amerikanischen Spionagedienstes erklärten auch, daß sie die ihnen unterstellten westdeutschen Rundfunkstationen veranlassen würden, sich noch mehr als bisher an Ingenieure und Techniker in der „Ostzone“ zu wenden, um sie zu veranlassen, nach Westdeutschland zu fliehen. In der Konferenz wurde auch der personelle Ausbau des Agentennetzes besprochen, und es erging an alle beteiligten Stellen die Aufforderung, die Zahl der Agenten zu erhöhen, insbesondere in den wichtigsten volkseigenen Betrieben, in den Ministerien, in der Volkspolizei, in den Parteien und den Gewerkschaften.

Aus dieser Konferenz und ihren Ergebnissen müssen wir die Lehren ziehen, wenn wir nicht leichtfertig den Frieden unseres Volkes und die Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik aufs Spiel setzen wollen. Wir müssen aus den Erfahrungen der großen Sowjetunion, der Volksdemokratien und aus unseren eigenen Erfahrungen lernen. Wir dürfen in unserer Wachsamkeit gegenüber den Feinden der Deutschen Demokratischen Republik keinen Augenblick erlahmen. Jede Nachsicht gegenüber Schädlingen ist ein Verbrechen am deutschen Volk. Deshalb müssen sich die Richter und Staatsanwälte mit den neuen Formen des Kampfes gegen unsere Republik vertraut machen. Es genügt nicht, daß sie nur formaljuristisch an die Verfolgung und Bestrafung der Verbrechen herangehen. Sie müssen lernen, die Ursachen und die politischen Hintergründe der Verbrechen zu erkennen. Nur umfangreiche politische Kenntnisse werden unsere Richter und Staatsanwälte befähigen, die errungenen Erfolge zu sichern und die Saboteure mit der notwendigen Härte zu bestrafen. Wenn in einer Justizveranstaltung in Rudolstadt ein Richter vom Landgericht ernsthaft erklärte, daß man den „kleinen“ Hetzblattverteiler und Gerüchtemachern keine so große Bedeutung beizumessen brauche, denn sie könnten den Bestand der Republik nicht gefährden, so ist das ein Beweis dafür, daß dieser Richter die politischen Hintergründe solcher Straftaten nicht erkannt hat. Ein Mangel vieler Anklagen und Urteile ist, daß im Sachverhalt der politische Hintergrund der Straftaten nicht aufgedeckt wird. Es genügt nicht mehr, Anklagen und Urteile nur auf den gesetzlichen Tatbestand abzustellen. Die Anklageschriften und Urteile müssen darauf eingehen, welcher Schaden durch die Tat dem Aufbau zugefügt worden ist, wer die Hintermänner des Täters sind und welche politischen Motive zu Grunde lagen.

Die großen Justizveranstaltungen in den letzten Tagen des Septembers, die von dem Ministerium der Justiz der Deutschen Demokratischen Republik organisiert und mit Referenten besetzt worden sind, waren ein großer Erfolg.

Wichtige Erfahrungen wurden gesammelt und ausgewertet.

An einigen praktischen Fällen soll gezeigt werden, wie und mit welchen Methoden der Gegner arbeitet, um seine Sabotagepläne gegen die Deutsche Demokratische Republik zu verwirklichen.

Der verantwortliche Abteilungsleiter Heinrich Kluth vom Stahlwerk Gröditz ließ in dichter Folge 150 Tonnen Stahl zu Schrott vergießen. Während die Werktätigen in Stadt und Land in Wettbewerben hervorragende Ergebnisse erzielen und so die Voraussetzungen für die Erfüllung des Fünfjahrplanes schaffen, hat der Saboteur Kluth auf raffinierte Art unsere Volkswirtschaft geschädigt.

< In dem volkseigenen Werk Madaus hat der Werksdirektor Schneider, der jede Kritik an seinen selbstherrlichen Maßnahmen unterband, Präparate herstellen lassen, die den gesetzlichen Anforderungen nicht entsprechen, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, daß durch diese Maßnahme kranken Menschen minderwertige Heilmittel verabfolgt wurden. Die Weiter-

gabe von Tbc-Präparaten an Krankenhäuser hat er verweigert und sie an Freunde und Bekannte verschoben. Außerdem hat er wertvolle Maschinen gekauft und sie, statt sie arbeiten zu lassen, Stillstehen lassen. Gerade hierin zeigt sich seine Sabotageabsicht, denn er hat diese an anderer Stelle dringend benötigten Maschinen der Wirtschaft entzogen.

Eine besondere Methode ist auch die Verbringung von Werksunterlagen und Aufzeichnungen über neue Produktionsmethoden nach Westdeutschland oder nach Westberlin. Wegen solcher Verbrechen standen kürzlich Angestellte des volkseigenen Farbglaswerkes in Pirna vor Gericht. Auch sie hatten Betriebsunterlagen nach Westberlin verbracht und den früheren Konzernherren Angaben über die Produktion gemacht. Sie hatten ferner durch ihr unverantwortliches Verhalten den Tod von fünf Menschen und schwere Verletzungen von sechs Arbeitern verursacht. Der Hauptangeklagte Liehn erhielt für seine Verbrechen 10 Jahre Zuchthaus.

Dank der Wachsamkeit einiger Werktätiger wurde kürzlich ein Sprengstoffanschlag auf das volkseigene Rohrwalzwerk in Aschersleben vereitelt. Saboteure hatten dort drei hochexplosive Sprengladungen angebracht. Nur die rechtzeitige Aufdeckung verhinderte Opfer an Menschen und große Materialschäden.

Besonders verschärft hat sich in der letzten Zeit die Boykottetätigkeit und die Wühlarbeit gegen die Deutsche Demokratische Republik. So verurteilte die Große Strafkammer des Landgerichts Leipzig am 30. September 1950 den Buchbinder Koch und den Juristen Voigt zu zehn Jahren und den Transportarbeiter Kaiser zu drei Jahren Zuchthaus wegen Verbrechens gegen Artikel 6 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Das umfassende Geständnis des Angeklagten Koch erbrachte sehr eindeutig den Beweis dafür, daß die Drahtzieher der Abgeurteilten in Westdeutschland sitzen und daß es den Hintermännern, ohne Agenten und ausführende Organe, wie es die drei Angeklagten gewesen sind, nicht möglich ist, Sabotage und Hetztätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik zu entwickeln. Der Prozeß erbrachte ferner den Beweis, daß die UGO, die Westberliner CDU und der RIAS Spionagezentren sind und daß das Bonner Ministerium des Herrn Jakob Kaiser auch mit dieser Gruppe in engster Verbindung stand.

Ein anderer Agent, Horst Bischoff, wurde in Gräfenhainichen verhaftet, als er nachts Hetzschriften verbreitete, die sich gegen den Aufbau richteten. Bischoff war kurze Zeit vorher nach Westberlin geflüchtet und hatte dann von einer amerikanischen Spionageorganisation 5000 Exemplare einer Anweisung zu Sabotage und Mordhetze eingeschleppt.

In Güstrow hatte sich eine Gruppe von Agenten im Auftrag des amerikanischen Spionagedienstes in demokratische Massenorganisationen eingeschlichen und sich Funktionen in diesen beschafft. Im Auftrage der sog. Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, die ihren Sitz in Westberlin hat, verbreiteten diese Agenten während des Deutschlandtreffens der FDJ in Berlin Hetzschriften, gefälschte Programme und Flugblätter, die zum Boykott gegen die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik aufforderten.

Der feige Überfall von zwei Agenten des anglo-amerikanischen Geheimdienstes auf den Kulturleiter der MAS Straßburg, der als Redner auf einer Wahlversammlung aufgetreten war, zeigt, daß die Feinde Deutschlands auch zu den Methoden des individuellen Terrors übergehen und vor keinerlei Provokationen zurückschrecken.

Eine besondere Methode des Kampfes gegen die Deutsche Demokratische Republik ist die Störung oder Verzögerung der von der Volkskammer erlassenen Gesetze zur Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung. Die Bundesgenossen der Agenten sind in diesen Fällen die Bürokraten, die noch an vielen Stellen vorhanden sind und der Durchführung der neuen Gesetze Schwierigkeiten entgegensetzen. Zu diesen Bürokraten gehören auch jene Richter, die Prozesse jahrelang verschleppen und — gewollt oder ungewollt — Unruhe und Unmut unter der Bevölkerung schaffen.

Es ist nicht so, wie der schon erwähnte Richter meinte, daß nur große Sabotageakte von Bedeutung sind, die kleinen aber nicht ins Gewicht fallen. Es